

MDL-NEWSLETTER

1/2022

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



**Im Kreis Heinsberg startet die Pilotphase des „IMEG“-Portals
Ein Meldesystem für Gewalt gegen Einsatzkräfte**

BUNDESVERSAMMLUNG

Wir vertreten den Kreis Heinsberg

Nach der Bundestagswahl im September steht noch vor der Landtagswahl im Mai 2022 die Wahl des Bundespräsidenten turnusmäßig an. Diese Aufgabe obliegt der Bundesversammlung, welche im Februar zusammentreten wird. Die Bundesversammlung setzt sich aus allen Mitgliedern des Bundestages und ebensovielen über die Bundesländer gewählten Wahlleuten zusammen.

Aus dem Kreis Heinsberg werden die beiden Wahlkreisabgeordneten zur Bundesversammlung entsendet, die vom Landtag in Düsseldorf gewählt wurden.



Für die CDU ist dies Bernd Krüchel, der als Mitglied des geschäftsführenden Fraktionsvorstands obligatorischer Wahlmann ist und bereits zwei früheren Bundesversammlungen angehört hat sowie Thomas Schnelle, der im Auswahlverfahren am Vortag bestimmt wurde. Der FDP-Landtagsabgeordnete Stefan Lenzen wurde ebenso zum Mitglied der Bundesversammlung gewählt, sodass von den 156 Wahlleuten des Landes NRW neben den Bundestagsmitgliedern nun drei den Kreis Heinsberg vertreten. Der Bundestagsabgeordnete Wilfried Oellers

gehört in dieser Funktion auch der Bundesversammlung an. Zur Bundesversammlung ist zudem jede Person wählbar, die auch in den Bundestag gewählt werden kann. Es ist üblich, dass sich neben den Vertretern von Amts wegen und den Landesabgeordneten auch Bürgerinnen und Bürger ohne politisches Mandat in die Bundesversammlung gewählt werden. So werden von der CDU zu dieser Bundespräsidentenwahl zum Beispiel auch der Nobelpreisträger Prof. Dr. Benjamin List, sowie der Kabarettist Bernd Stelter als Wahlleute entsandt. ■



Bernd Krüchel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der zwölften Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

KOHLEAUSSTIEG

und wasserwirtschaftliche Folgen

Auf Einladung des CDU-Abgeordneten des Tagebau-anrainerkreises Mönchengladbach II, Jochen Klenner, besuchte die Nordrhein-Westfälische Umweltministerin Ursula Heinen-Esser den Tagebaurand bei Wanlo.

Auch der CDU-Landesabgeordnete des Heinsberger Nordkreises, Thomas Schnelle, war vor Ort und konnte mit der Ministerin und den anwesenden Abgeordneten und Fachleuten über das vorzeitige Ende des Braunkohleabbaus im Revier und insbesondere die wasserwirtschaftlichen Auswirkungen dessen diskutieren.

Schwimmende Photovoltaik-Inseln, Radrundwege, Waldumrandung und vieles mehr – für die Zukunft der Kohlegrube ist eini-

ges geplant. Doch die Jahrzehnte dauernde Restseebefüllung und die Rekultivierung ist von vielen Faktoren abhängig. Zentrale Bedeutung hat die Entnahme und Zuleitung von Rheinwasser. Für den frühzeitigen Kohleausstieg im Jahr 2030 bestehen erhebliche Unklarheiten, solange die langfristigen wasserwirtschaftlichen Folgen nicht geklärt sind.

Die CDU-Abgeordneten der Region übergaben Ministerin Heinen-Esser ein zu diesen Fragen formuliertes Positionspapier, das klarstellt, dass eine Wasserversorgung der Restseen und der gesamten Wasserregion garantiert werden muss.

Auch wenn die Ministerin nicht originär zuständig ist, forderte Thomas Schnelle: „Die Ampel-Ko-



Thomas Schnelle im Gespräch mit Ministerin Ursula Heinen-Esser.

alition im Bund muss schnellstmöglich ihre Aussagen im Koalitionsvertrag nach einem Kohleausstieg bis 2030 im Gesetz verankern, um Planungssicherheit für alle Betroffenen zu erreichen. Ich bin dem Ministerpräsidenten für seine Ankündigung dankbar, alles für den Erhalt der Flächen der bisherigen Umsiedlungsdörfer Kuckum, Keyenberg, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath zu tun und ebenso der Umweltministerin Ursula Heinen-Esser, dass sie dies tatkräftig mit der Expertise ihres Ministeriums unterstützen will. Die Landesregierung hatte mit der neuen Leitentscheidung bereits dafür gesorgt, dass neue Entwicklungen für den Erhalt der Flächen langfristig genutzt werden können. Für die Menschen vor Ort und auch für alle weiteren Planungen rund um die Tagebaue, insbesondere denen zur Wasserwirtschaft, zur Restseebefüllung und zur Rekultivierung, brauchen wir jetzt schnell vollständige Klarheit und Planungssicherheit." ■



Guido Görtz (Landtagskandidat Viersen), Dr. Markus Optendrenk MdL, Vanessa Odermatt (Landtagskandidatin Mönchengladbach), Jochen Klenner MdL, Ministerin Ursula Heinen-Esser MdL, Heike Troles MdL, Frank Boss MdL, Thomas Schnelle MdL

KATASTROPHENSCHUTZ

Wir ziehen Lehren aus der Katastrophe und handeln für die Zukunft

Der Landtag hat einen Antrag der NRW-Koalition von CDU und FDP mit dem Titel „Update für den Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen“ beschlossen. Dazu erklärt der Beauftragte für Katastrophenschutz, Thomas Schnelle:

„Im vergangenen Sommer ereilte Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die schwerste Naturkatastrophe, die wir alle jemals erlebt haben. Die Flutkatastrophe kostete 49 Menschen das Leben und verursachte Schäden in Milliardenhöhe. Dass es nicht noch mehr Tote und Verletzte gab, ist dem entschlossenen und professionellen Handeln unserer Einsatzkräfte und dem großen Engagement der freiwilligen Helferinnen und Helfer zu verdanken. Wir alle hätten nie für

möglich gehalten, dass uns ein Naturereignis mit solcher Wucht trifft. Aber es hat uns gelehrt: Es ist möglich, und wir müssen in Zukunft noch besser als bisher darauf vorbereitet sein.

Die Landesregierung hat bereits gehandelt und eine Neustrukturierung des Katastrophenschutzes im Innenministerium vorgenommen. Das begrüßen wir ausdrücklich und unterstützen den Prozess politisch. Unsere Initiative bildet dazu einen Auftakt. Im Herbst hat die CDU-Landtagsfraktion sich bei einem Werkstattgespräch mit rund 200 Expertinnen und Experten aus der Praxis – viele von ihnen waren im Juli selbst im Einsatz – ausgetauscht und Anregungen für ein Update des Katastrophenschutzes mitgenommen. Fest steht für

uns: Effektiver Schutz wird vor Ort gemacht, wo das Know-how für lokale Besonderheiten vorhanden ist. Als Land müssen wir aber so viel Unterstützung bieten – etwa durch übergeordnete Handlungsleitlinien und eine Überprüfung der Ausstattung von Katastrophenschutzeinheiten auf etwaige Lücken. Insbesondere müssen wir die Erkenntnisse, die wir zu einer besonderen Krisenlage haben, einheitlich so zusammenführen, dass wir lokale Lagebilder in Echtzeit erstellen können. Auch weitere Warnmöglichkeiten der Bevölkerung müssen geprüft werden.

Vor allem ist es unsere politische Verantwortung, dass wir die Bedeutung des Katastrophenschutzes nicht mehr aus den Augen verlieren – auch wenn uns ein solches Extremereignis hoffentlich für sehr lange Zeit erspart bleibt. Dieser Verantwortung stellen wir uns, jetzt und in der Zukunft.“ ■



Thomas Schnelle MdL bei seiner Plenarrede zum Katastrophenschutz.

Impfmonitor

Im Kreis Heinsberg haben 181.623 Personen ihre Erstimpfung erhalten, 183.623 die Folgeimpfung und bereits 134.723 eine Auffrischungsimpfung. (Stand: 31.01.2022 Quelle: coronaimpfung.nrw)

CITIZEN-SCIENCE

als Gewinn für den Katastrophenschutz

Wie kann Citizen-Science und ein Fab-Lab im Katastrophenschutz helfen? – Das erfuhren der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Schnelle und CDU-Landtagskandidat Sascha van Beek im Austausch Vertretern der Hochschule Rhein-Waal.

Im digitalen Format trafen sich Prof. Dr. Karsten Nebe (Professor für Usability Engineering und Digitale Fabrikation), Tobias Poppe (wissenschaftlicher Mitarbeiter), Thomas Schnelle MdL (Sprecher der CDU-Fraktion im parlamentarischen Untersuchungsausschuss V Flut) und Sascha van Beek (CDU-Landtagskandidat für Alpen, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Sonsbeck, Voerde und Xanten), um sich über eine interessante Idee zu unterhalten, die an der Fakultät für Kommunikation & Umwelt der Hochschule Rhein-Waal entstanden ist.

Bei dem Projekt geht es um die offene Nutzung von Umweltdaten, die von Privatpersonen, Firmen, Behörden und dem Katastrophenschutz zur Verfügung gestellt werden. Im ersten Schritt liegt der Fokus darauf – nach den Erlebnissen der Flutkatastrophe in NRW – eine einfache und verlässliche Kontrolle und Analyse von Wasserständen zu etablieren.

„Citizen-Science meint, dass grundsätzlich jeder seine Daten zum Beispiel aus Teichen, Rück-

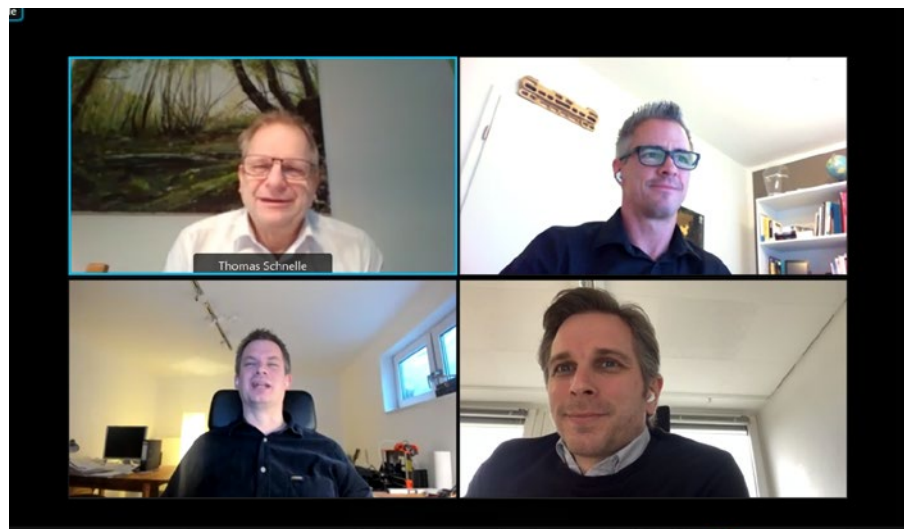
haltebecken, Bächen, Notüberläufen oder Seen einbringen kann,“ erklärt Tobias Poppe der neben seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Rhein-Waal auch seit vielen Jahren bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv ist.

„Die vielen gesammelten Daten könnten dann vergleichbar gemacht und analysiert werden. Ich habe selbst schon in Krisenstäben mitgearbeitet, unter anderem im letzten Sommer in Erftstadt. Daher weiß ich, wie wichtig verlässliche Daten für die Szenarienanalyse sind. Ein entsprechendes Portal, was dieses auf Grundlage von Langzeitdaten und der aktuellen örtlichen Lage liefert, wäre ein absoluter Gewinn für Einsatzleitungen und Krisenstäbe.“

Karsten Nebe ist überzeugt, dass man diesen Mehrwert für den Ka-

tastrophenschutz tatsächlich zeitnah realisieren könnte: „Uns ist klar, dass solche Szenarienanalysen verlässlich sein müssen, insbesondere wenn man daraus beispielsweise Evakuierungen ableitet.“

Genau da kommt der Vorteil des Citizen-Science-Ansatzes ins Spiel, wie der Hochschulprofessor erklärt: „Heute greift man auf ein überschaubares Netz von institutionellen Messsensoren zurück. Je mehr Daten eine künstliche Intelligenz aber zur Verfügung hat, desto besser werden die Analysen. Entwickle ich aber eine einfache Sensortechnik, die jeder nachbauen kann und die dann standardisierte Daten liefert, kann ich auf ein Sensornetz zurückgreifen, welchem grundsätzlich keine Grenze gesetzt ist. Jeder Mensch, der zum Beispiel einen Sensor in seinen Gartenteich oder dem



Thomas Schnelle MdL in der Videokonferenz mit Professor Karsten Nebe, Tobias Poppe und Sascha van Beek.

Bächlein hinter dem Haus legt, kann Daten liefern und so bei der Katastrophenvorsorge mitwirken.“

Damit sich jeder einen geeigneten Sensor nachbauen kann, braucht man eine verständliche Bauanleitung. Um einen solchen Sensor als Produkt in die Geschäfte zu bringen, braucht man ein simples Produktdesign. Hier hilft das an der Hochschule Rhein-Waal beheimatete Fab-Lab und das Netzwerk der „Maker“.

Sascha van Beek hat das Fab-Lab am Anfang der Corona-Pandemie in seiner Funktion als Vizepräsident des DRK-Kreisverbandes Niederrhein in der Zusammenarbeit kennengelernt: „Wir brauchen dringend Schutzrüstung, die von den Mitarbeitern des Fab-Labs innerhalb weniger Tage unter großartigem ehrenamtlichem Engagement entwickelt und produziert wurden. Dabei wurde mir klar, welche Ressource für den Katastrophenschutz in der Maker-Bewegung schlummert.“

Karsten Nebe und Sascha van Beek haben bei der Analyse der Zusammenarbeit zwischen Fab-Lab und DRK-Kreisverband überlegt, welche weiteren Projekte und Ideen sich realisieren lassen. „Unser Treffen fand unmittelbar nach der Flutkatastrophe im Sommer statt. Ich hatte schon immer die Idee, einfache Sensoren zu entwi-

ckeln, in erster Linie aber für den Pool im Garten. Mit Sascha habe ich darüber gesprochen, das Ganze für den Katastrophenschutz weiterzudenken. Dann kam Tobias Poppe in mein Team, der die richtigen Ideen und Kompetenzen mitbringt, um das ganze tatsächlich umzusetzen,“ sagt Karsten Nebe.

Tobias Poppe findet am Fab-Lab der Hochschule Rhein-Waal alle Voraussetzungen, um eine kostengünstige Sensoreinheit und Basisstationen für ein flächendeckendes Wasserpegelmessnetzwerk zu entwickeln. „Am Fab-Lab gibt es verschiedene Möglichkeiten für die Elektronik- und Softwareentwicklung. Prototypen lassen sich hier schnell realisieren,“ erklärt der Elektroingenieur Tobias Poppe.

Fab-Lab-Leiter Karsten Nebe erklärt einen weiteren wichtigen Ansatz des Fab-Labs: „Wir arbeiten grundsätzlich Open Source bei Hard- und Softwareentwicklungen. Das bedeutet, das alles was wir bei uns erfinden sofort zur Verfügung steht. Somit kann es jeder nachbauen und mit uns weiterentwickeln. So schaffen wir nicht nur weltweit einen Mehrwert, sondern können gleichzeitig auch auf ein weltweites Netzwerk zurückgreifen. Das bringt enorme Geschwindigkeit in Entwicklung und Qualität.“

laren Aufbau, in der einfachen Installation, der kostengünstigen Umsetzung und eben im Open Source sowie Open Data Ansatz. Wenn unser System einmal installiert ist, läuft es zudem autark und wartungsarm,“ erklären Karsten Nebe und Tobias Poppe. Das System der Hochschule Rhein-Waal funktioniert mit verschiedenen Stromversorgungen (Netz, Photovoltaik, Akku), alternativen Datenanbindungen (LoRaWan / LTE / WLAN) und könnte mit diverserer weiterer Sensortechnik (Wasserdruck, Temperatur, Trübung) erweitert werden.

Der Landtagsabgeordnete **Thomas Schnelle** aus Heinsberg ist beeindruckt von den Ideen und Möglichkeiten, die an der Hochschule Rhein-Waal existieren: „Ich danke Sascha van Beek, dass er mich auf dieses interessante Projekt aus seinem Wahlkreis hingewiesen und den Austausch initiiert hat.“ Als Sprecher der CDU im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss V zur Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen beschäftigt sich Thomas Schnelle aktuell sehr intensiv mit den Folgen der Flutkatastrophe und welche Erkenntnisse man für zukünftige Katastrophen ziehen kann:

„Wir haben bereits viele existierende Messstellen unter anderem beim Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW. Gerade an den kleineren Flüssen und Bächen brauchen wir aber viel mehr. Aktuell hat unsere Umweltministerin Ursula Heinen-Esser einen Arbeitsplan zum Hochwasserschutz vorgestellt. Der erste Punkt im Zehn-Punkte-Plan ist die Einführung von Hochwasservorhersagesystemen für so viele Gewässer wie möglich. Das Projekt der Hochschule Rhein-Waal ist da sicherlich ein guter Ansatz, auf den ich das Ministerium hinweisen werde.“ ■

Die beiden Wissenschaftler der Hochschule Rhein-Waal wissen, dass es schon weitere bestehende Projekte gibt, die in die gleiche Richtung gehen. „Wir sehen bei unserem System aber den Vorteil im modu-



Skizze „Offene Umweltdaten am Beispiel Wasserpegel“.

VERBESSERTES GESETZ

für Kinderschutz und Kinderrechte

Nordrhein-Westfalen bekommt das bundesweit stärkste Kinderschutzgesetz. Die Landesregierung hat das Ziel, Kinder und Jugendliche besser vor Gefährdungen für ihr Wohl zu schützen. Die Landesregierung greift damit zentrale politische und fachliche Forderungen aus der Aufarbeitung der Fälle sexualisierter Gewalt – insbesondere in der jüngsten Vergangenheit – auf und formuliert konkrete Maßnahmen, die die Qualität des Kinderschutzes stärken und die strukturellen Rahmenbedingungen verbessern.

Folgende Kernpunkte beinhaltet der Gesetzentwurf:

1. Zur Umsetzung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdungen (§ 8a SGB VIII) sollen in den Jugendämtern fachliche Mindeststandards beachtet werden.
2. Mit einem Turnus von fünf Jahren soll in jedem Jugendamt ein landesweites Qualitätsentwicklungsverfahren der Kinderschutzpraxis durchgeführt werden.
3. Für das Qualitätsentwicklungsverfahren und zur Qualitätsberatung zur Kinderschutzpraxis in den Jugendämtern wird das Land eine zuständige Stelle einrichten.
4. In allen Jugendamtsbezirken sollen interdisziplinäre Netzwerke zum Kinderschutz aufgebaut und mit einer Netzwerkkoordinierung ausgestattet werden.

5. Es sollen Leitlinien zu Kinderschutzkonzepten in Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe etabliert werden.

6. Für das Fachpersonal soll es eine umfassende Qualifizierungsoffensive geben.

7. Kinderschutz und Kinderrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Daher ist Basis für einen wirksamen Kinderschutz, den Rechten von Kindern und Jugendlichen auf Gehör und auf Berücksichtigung ihrer Meinung – entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife – zur Geltung zu verhelfen. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch den Gesetzentwurf.

Die getroffenen Maßnahmen stellen erstmals in Nordrhein-Westfalen auf gesetzlicher Basis Mittel für den Kinderschutz bereit. Die Gesamtausgaben der Neuregelungen werden für das Jahr 2022 auf rund 53 Millionen Euro, für 2023 auf rund 85,3 Millionen Euro und für die Jahre ab 2024 auf rund 85,8 Millionen Euro pro Jahr prognostiziert. Damit investiert das Land Nordrhein-Westfalen in den kommenden drei Jahren insgesamt rund 224 Millionen Euro in die Umsetzung des Gesetzes.

„Das Land nimmt seine Verantwortung für den Kinderschutz auch in finanzieller Hinsicht sehr ernst, denn eine Verbesserung des Kinderschutzes darf kein leeres politisches Versprechen bleiben“, erklärte Familienminister Joachim Stamp.

„Dieses Gesetz ist ein wichtiger Einstieg in einen umfassenden, landesrechtlich verankerten Kinderschutz. Die Landesregierung steht auch in Zukunft in einem intensiven Austausch mit Wissenschaft, Kommunen, Trägern, Verbänden sowie mit Kindern und Jugendlichen selbst. So wollen wir das Gesetz fortlaufend evaluieren und weiterentwickeln, damit es für größtmöglichen Schutz sorgt.“

Nordrhein-Westfalen unterstreicht damit seine bundesweit führende Rolle bei der Stärkung und Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen. Wir haben als Gesellschaft die Aufgabe, den Schwächsten in unserer Gesellschaft, unseren Kindern und Jugendlichen, den bestmöglichen Schutz und die größtmögliche Hilfe zu geben. Diesen Weg können wir nur gemeinsam gehen“, appellierte Minister Stamp.

Im Landeskinderschutzgesetz finden sich auch Maßnahmen aus dem bereits Ende 2020 vorgestellten Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Prävention von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Das Konzept beinhaltet insgesamt 59 Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern, die von den Ressorts der Landesregierung umgesetzt werden bzw. wurden oder sich in Planung befinden. Das Konzept leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zur fachlichen Diskussion, wie der Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen weiter gestärkt werden kann. ■

PILOTPHASE IM KREIS

IMEG-Portal – ein Meldesystem bei Gewalt gegen Einsatzkräfte

Seit die NRW-Landesregierung im Zuge des 2019 veröffentlichten Aktionsplans „Gemeinsam gegen Gewalt“ eine Meldepflicht für Gewalttaten eingeführt hat, steigt die Zahl der gemeldeten Vergehen. Durch diese steigenden Fälle gegen Einsatzkräfte alarmiert, hat die Regierungskoalition in den vergangenen Jahren viel getan, um unsere Einsatzkräfte besser zu schützen und die erlebte Gewalt aufzuarbeiten. Die Statistik zeigt, dass vor allem verbale Gewalt gegen Rettungskräfte und Feuerwehrleute von vielen Einsatzkräften mindestens einmal im Jahr erfahren wird.

Thomas Schnelle, Mitglied im Innenausschuss des Landtags, stellt

dazu klar: „Solche Angriffe auf diejenigen, die uns schützen, werden wir niemals tolerieren. Die Respektlosigkeit und Gewalt, welche unsere Einsatzkräfte erfahren, sind ein gesellschaftliches Problem.“

Um die Einsatzkräfte noch besser zu schützen und zu unterstützen greift ein weiterer Baustein des Gemeinsam-gegen-Gewalt-Aktionsplans: Bereits im Dezember vergangenen Jahres wurden bei den Leit- und Dienststellen der Pilotstandorte das Meldesystem „IMEG“ implementiert. Nun startet die Pilotphase des Projekts im Kreis Heinsberg sowie in den Kreisen Herford, Mettmann, Lippe, Minden-Lübbecke und Warendorf, in der Städteregion Aachen

und in den Städten Bochum, Krefeld, Hamm, Duisburg und Düsseldorf.

„Obwohl es bei uns im Kreis Heinsberg etwas ruhiger zugeht als in den Großstädten, sind die steigenden Zahlen ein Problem. Jeder Fall von Gewalt gegen Einsatzkräfte ist ein Fall zu viel“, so der Landesabgeordnete **Bernd Krückel**. „Mit dem 2019 auf Initiative des Innenministeriums ausgearbeiteten Aktionsplan zum Schutz vor Gewalt gegen Einsatzkräfte, haben wir einen Fahrplan hin zu einem besseren gesellschaftlichen Miteinander. Es ist ein Fortschritt für uns alle, dass dieser Maßnahmenkatalog nun weiter umgesetzt wird.“

Das neue IT-System bietet eine flexible Ergänzung zu den an den Feuer- und Rettungswachen vorhandenen Meldeprozessen. Je nach Schwere des Übergriffs erfolgt ein intensiveres Management, das unter anderem aus psychosozialer Nachbereitung, Unfallanzeige und Strafantrag bestehen kann.

„Meine Aufgabe ist es, mich um unsere Rettungs- und Feuerwehrleute hier im Kreis zu kümmern. Das bedeutet für mich auch, ihnen eine unkomplizierte Möglichkeit zu bieten, um über erlebte Gewalt zu berichten, sodass wir dann schauen können, welche Hilfsangebote in der Situation angemessen sind“, so Landrat **Stephan Pusch**. ■



Sie begrüßen den Start der Pilotphase des IMEG-Portals im Kreis Heinsberg: Die CDU-Landtagsabgeordneten **Thomas Schnelle** (l.) und **Bernd Krückel** (r.) sowie die Heinsberger Landrat **Stephan Pusch** (2.v.l.) und **Thomas Kähler** (2.v.r.) vom Feuer- schutzzentrum für nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr im Kreis Heinsberg.